Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Koch, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 58. [32. Jahrgang.] **Berlin, Freitag den 3. Februar 1893. Abends.** [32. Jahrgang.] **Nr. 58.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honoraranfrage erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 3. Februar.

Wer einige Jahre zurückdenkt, kann sich auch erinnern, mit welcher Emphase die sogenannten Freisinnigen auf solche militairische Autoritäten sich zu berufen pflegten, welche im Gegensatz zu der herrschenden Strömung der Zeit für die zweijährige Dienstzeit eintraten. Seitdem von Seiten der verbündeten Regierungen eine Annäherung an den Standpunkt jener militairischen Autoritäten stattgefunden hat und die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bestimmt in Aussicht genommen worden ist, scheint das Urtheil derselben Männer, auf welche die Freisinnigen jahrelang sich berufen haben, jeden Werth verloren zu haben. Während früher die Generale v. Boguslawski und von der Goltz, um nur diese zu nennen, kein Wort zur Heeresreform in Deutschland schreiben konnten, ohne daß es sofort in den besonderen Schutz des freisinnigen Preßringes genommen wurde, wird jetzt ein Zitat aus den Schriften derselben Autoritäten in denselben Blättern vergebens gesucht, oder aber es ist von einer Glosse begleitet, welche auf eine mehr oder weniger große Mißachtung schließen läßt. Hätten die Generale, welche früher für die freisinnige Seite Autoritäten ersten Ranges waren, ihre Ansichten geändert, so ließe sich für den Abfall der freisinnigen Parteitaktiker und Parlamentstrategen von ihnen eine Erklärung finden. Solches aber ist nicht nur nicht der Fall, sondern dieselben Männer, auf deren Worte Alles, was freisinnig war, noch vor Jahren schwor, stehen nach wie vor auf demselben Standpunkte, den sie früher eingenommen haben, und treten von ihm aus für eine Vorlage der verbündeten Regierungen ein, in der sie mit Recht ein Eingehen auf ihre Reformvorschläge erkennen, und bezüglich deren auch andere militairische Autoritäten ganz auf demselben Standpunkte stehen, wie sie schon früher. Logischer Weise müßten auch die Freisinnigen sich zu dem letzteren bekennen, aber der Glaube an Autoritäten geht bei den Freisinnigen regelmäßig dann in die Brüche, sobald das Urtheil jener sich nicht unbedingt den jeweiligen Parteizwecken anpaßt oder unterordnet.

Es geht hieraus hervor, daß es für die Partei, die sich Freisinn nennt, Autoritäten im wirklichen Sinne des Wortes nicht giebt, und daß Alles, was sich Ansehen und wohlbegründeten Anspruch zur Abgabe eines sachverständigen Urtheils auf irgend einem wichtigen Gebiete des nationalen Lebens, sie hier auf dem der Untersuchung der Sicherheit des Reiches nach außen hin, erworben hat, jetzt den Mund zu halten oder seine bessere Einsicht zu opfern hat, sobald die augenblicklich im Vordergrund stehenden Parteizwecke damit im Widerspruche stehen.

Wird hierdurch aufs Neue illustrirt, in welchem Grade in der freisinnigen Partei ein System zur Ausbildung gelangt ist, welches anders als Parteitirannei zu bezeichnen schwer möglich scheint, so gestattet die Erfahrung, die mit dem Abfall der Freisinnigen von ihren militairischen Autoritäten hat gemacht werden sollen, gleichzeitig einen Rückschluß auf den Werth derjenigen abfälligen Kritiken, welche von freisinniger Seite an Urtheilen und Aussprüchen von Autoritäten auf anderen Gebieten, beispielsweise auf dem wirthschaftlichen, geübt werden.

Und wenn sich ganz besonders jetzt im Zusammenhang mit der mißachteten Behandlung der militairischen Autoritäten, der ganze Preßzorn dieser Seite gegen Darlegungen von solchen wissenschaftlich-hervorragenden Männern richtet, welche erklären, (wie dies erst jüngst mit Nachdruck hervorgehoben wurde), daß unsere gesammten Wohlstands- wie Steuerverhältnisse (trotz des momentanen Defizits) in keiner Weise als so gedrückte anzusehen seien, um nicht die geplante Heeresvermehrung zu gestatten, so wird aus dem Eifer, mit welchem sich der Freisinn bemüht, den Werth solcher Darlegungen dadurch herabzumindern, daß die Qualifikationen der betreffenden wissenschaftlichen Autoritäten als ungenügend bezeichnet werden, nur ein Argument zu Gunsten der letzteren und folgerichtig auch zu Gunsten der Annahme der Militairvorlage gezogen werden dürfen.

Aus **Madrid,** 3. Februar, meldet „W. T. B.": „Der Minister des Auswärtigen hat dem Beamten eines Verweis ertheilt, durch dessen Verschulden in dem Dekrete, welches das Entlassungsgesuch des Botschafters in Berlin genehmigt, der Passus ausgelassen wurde, in welchem die Regentin dem Grafen Bannuelo ihre Anerkennung ausspricht über die Art und Weise, in welcher er seine Obliegenheiten als Botschafter in Berlin erfüllte. Gleichzeitig sandte der Minister an Bannuelo ein Telegramm und sprach demselben sein Bedauern über das Vorkommniß aus."

Wie mehrere Blätter melden, ist dem Bundesrathe als preußischer Antrag ein Gesetzentwurf zugegangen, welcher die Pflichten eines Kaufmanns bei Aufbewahrung fremder Werthpapiere zu regeln bestimmt ist.

In der heutigen (35.) Plenarsitzung des **Reichstages,** welche Präsident v. Levetzow um 1¼ Uhr eröffnete, wurde zunächst der Antrag des Abg. Werner, betr. die Einstellung des gegen den Abg. Ahlwardt wegen öffentlicher Beleidigung beim Landgericht I Strafkammer II schwebenden Verfahrens für die Dauer der laufenden Session, nach unerheblicher Debatte angenommen. — Bei Fortsetzung der Berathung des Etats des Reichsamts des Innern erhielt zuerst Abg. Bebel das Wort, um zunächst auf die neulichen Verhandlungen über den derzeitigen Arbeiternothstand einzugehen und besonders den Angriffen des Abg. Dr. Bachem gegenüber die verschiedenen Vorschläge hervorzuheben, welche die Sozialdemokraten auch an der bestehenden Gesellschaftsordnung zum Schutze der arbeitenden Klassen seit 15 Jahren gemacht hätten. Wenn diese Anträge nicht Gesetz geworden, so liege das eben an dem Widerspruche aller übrigen Parteien. Dieser Widerspruch habe inzwischen die Position der Sozialdemokratie in der Bevölkerung noch mehr befestigt, was sich bei einer etwaigen Auflösung des Reichstages zeigen werde. Ueber Das, was die Sozialdemokratie sei und wolle, scheine dem Abg. Dr. Bachem und mit ihm der Majorität des Hauses das richtige Verständniß vollständig zu fehlen. Der sozialdemokratische Führer suchte dann in langer Rede alle einzelnen Punkte zu widerlegen, die Abg. Bachem am Mittwoch gegen die Sozialdemokratie hervorgehoben hatte. Wenn derselbe die Stadien über die Sozialdemokratie, die er gemacht haben wolle, wirklich gemacht hätte, würde er die Frage nach dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate gar nicht gestellt haben. Eine solche Frage sei vielleicht vor 10, 15 Jahren berechtigt gewesen. Heute aber schon deshalb einfach nicht, weil die Sozialdemokratie einen solchen Zukunftsstaat gar nicht wolle. Dieselbe sei eine Partei fortdauernder geistiger Mauserung, den Begriff des Staats aber faßten die Sozialdemokraten allerdings anders auf, als es im Klassen- und Bourgeoisstaat geschehe. Dieser könnte die allgemeine Rechtsgleichheit nicht gewähren, ohne seine eigene Existenz zu vernichten. Die heutige Sozialdemokratie stände auf dem materialistischen Standpunkte, während die früheren englischen und französischen Sozialisten Utopisten gewesen. Wie der Klassenstaat erst nach dem Feudalstaat möglich gewesen, so werde der sozialistische Staat erst nach dem heutigen Klassenstaat möglich. Mit der Zunahme des Verständnisses über die Mängel des jetzigen Staates steigen die Chancen des sozialdemokratischen Staates, zu dem die ganze Entwickelung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft nothwendig führen müsse. Die Produktivkräfte seien der heutigen bürgerlichen Gesellschaft über den Kopf gewachsen. Die Sozialdemokraten könnten der Zukunft getrost entgegensehen, die ihnen gehöre. Zur nächsten Reichstage würden sie noch wesentlich stärker als jetzt erscheinen. Abg. Frhr. v. Stumm, der darauf das Wort erhält, konstatirt zunächst, daß der Vorredner wohl eine Vorlesung gehalten, aber nichts Neues und nichts über den Zukunftsstaat gesagt habe, auch nicht angegeben habe, wie die Produktionsmittel anders zu regeln sei. (Bei Schluß des Berichts spricht Abg. Frhr. v. Stumm weiter.)

In Salbke hielt am Montag der Reichstreue Volksverein des Kreises Wanzleben eine Wanderversammlung ab, an deren Schluß der Vorsitzende, Oberamtmann Goedicke-Seehausen, befürwortete, durch eine an den Reichstag zu richtende Kundgebung zu Gunsten der **Militairvorlage** einzutreten. Die Petition, welche besagt:

„daß wir uns so stark wie möglich machen wollen, um den Frieden, den wir doch Alle wollen, zu erzwingen; daß wir festhalten wollen um jeden Preis das, was unsere Väter unter dem großen Kurfürsten, unter dem großen König und unter dem großen Kaiser errungen haben: die deutsche Einheit und das Deutsche Reich!",

wurde von sämmtlichen Anwesenden unterzeichnet.

In Seehausen, wo dieselbe Petition zur Unterzeichnung ausgelegt wurde, erhielt dieselbe innerhalb dreier Tage die Unterschriften fast der gesammten Bürgerschaft, nahe an 500 Namen.

Da nach Einführung des Besoldungssystems nach Dienstaltersstufen zur Bestreitung der Remuneration für die Verwaltung erledigter Stellen im Seminar- und Schulaufsichtsdienst nur das Mindestgehalt der erledigten Stelle zur Verfügung steht, letzteres aber zur Gewährung einer angemessenen Remuneration für den kommissarischen Verwalter der Stelle nicht immer ausreicht, ist ein Fonds erforderlich, um aus demselben denjenigen Theil der Kosten der kommissarischen Verwaltung zu bestreiten, welcher aus dem vorjährigen Mindestgehalt der erledigten Stelle nicht gedeckt werden kann. Ein solcher Fonds ist als Dispositionsfond in Höhe von 5000 ℳ in den Etat der Unterrichtsverwaltung eingestellt worden.

Die Prüfung des Bedürfnisses für die Fortdauer der als künftig wegfallend bewilligten (also nicht auf rechtlicher Verpflichtung beruhenden) Zuschüsse, sowohl für evangelische als auch für katholische Geistliche und Kirchengemeinden ꝛc., erfolgte bisher, so weit nicht etwas Anderes bei der Bewilligung ausdrücklich festgesetzt war, bei jedem Wechsel in der Person des Inhabers der Pfarrstelle.

Dieses Verfahren hat sich als zweckmäßig nicht erwiesen, und wird statt dessen künftig jene Prüfung regelmäßig nach Ablauf von zehn Jahren seit der letzten Bewilligung vorgenommen, und ein entsprechender Vorbehalt des Widerrufs bei den Bewilligungen gemacht werden.

In den Etat der Unterrichtsverwaltung ist als neuer Titel der Betrag von 30 000 ℳ eingestellt, um zur Ausgleichung von Härten für einige ältere und verdiente **Hülfslehrer** an höheren Lehranstalten die definitive Anstellung zu ermöglichen. Derselbe kommt wieder in Wegfall, je nachdem an den betreffenden Anstalten Stellen durch Pensionirung oder Tod etatsmäßiger Lehrer frei werden.

Gegenwärtig gelangen wissenschaftliche Lehrer erst nach Verlauf verhältnißmäßig langer Frist nach dazu erworbener Bestätigung zur definitiven Anstellung, weil während einer Reihe von Jahren die Anzahl der Studirenden des höheren Lehrfaches den Bedarf an Lehrern erheblich überschritten hat. Ueberdies wird gerade gegenwärtig insbesondere der Bedarf an Lehrern der alten Sprachen in Folge der Durchführung der Schulreform vermindert. Da aber inzwischen eine sehr bedeutende Verringerung der Zahl jener Studirenden stattgefunden hat, so ist zu erwarten, daß in nicht zu langer Zeit wieder normale Verhältnisse eintreten werden.

Durch die vorübergehende Errichtung von definitiven Stellen soll die alsbaldige Beseitigung des obenerwähnten Mißstandes in einem gewissen Umfange, d. h. eine Annäherung an die normalen Verhältnisse erreicht werden. Aus dem eingestellten Betrage würden etwa 30 Hülfslehrerstellen in definitive Stellen umgewandelt werden können.

Die **Kosten der Lokomotivfeuerung** — der Hauptbestandtheil der Gesammtkosten der Züge — betrugen im Jahre 1890/91 45 711 716 ℳ, im Jahre 1891/92 47 867 578 ℳ, haben sich sonach um 2 155 862 ℳ oder 4,7 Pct. vermehrt. Als Heizmaterial gelangten auch im Jahre 1891/92 fast ausschließlich Steinkohlen zur Verwendung. Koks wurde, wie in den Vorjahren, nur in solchen Fällen verwendet, in denen es darauf ankam, die mit der Steinkohlenfeuerung verbundene Belästigung der Anwohner, sowie des reisenden Publikums zu vermeiden. Der Verbrauch an Koks beschränkte sich daher im Wesentlichen auf die Feuerung der auf der Berliner Stadt- und Ringbahn, auf der Breslauer und Hamburg-Altonaer Verbindungsbahn, sowie auf der Altonaer Hafenbahn laufenden Lokomotiven, ebenso der Rangirmaschinen auf den Zentral-Personenbahnhöfen in Köln und Hannover. Der Gesammtverbrauch an Lokomotivfeuerungsmaterial, ausschließlich des zum Anheizen verwendeten Holzes, also des reinen Heizmaterials, belief sich im Jahre 1891/92 auf 3 274 407 Tonnen mit einem Kostenaufwande von 47 366 919 ℳ, während im Vorjahre 3 115 637 Tonnen mit einem Betrage von 45 216 575 ℳ verbraucht worden sind. Demnach hat eine Zunahme sowohl des Heizmaterials, als auch der dafür aufgewendeten Kosten gegen das Vorjahr stattgefunden, und zwar bezüglich des Materials um 158 770 Tonnen oder 5,1 pCt., bezüglich der Kosten um 2 150 344 ℳ oder 4,8 pCt.

Rundschau im Auslande.

Das **englische** Unterhaus hat gestern Abend die Berathung der an die Königin zu richtenden Adresse fortgesetzt. Dabei nahm der Staatssekretair für Irland, John Morley, Gelegenheit, die von ihm den Irländern gegenüber befolgte Politik zu vertheidigen. Ein Antrag auf Vertagung der Debatte, von dem Parlamentsmitgliede Darling gestellt, wurde mit 249 gegen 152 Stimmen abgelehnt, ein Ergebniß, welches auf den Bänken der ministeriellen Partei mit lebhaftestem Beifall aufgenommen wurde. Die Adreßdebatte wurde schließlich unterbrochen und die Fortsetzung auf die heutige Sitzung vertagt. Durch die Lage der Dinge ist die Opposition auf die Taktik angewiesen, die Debatten über alle von der Regierung gestellten Anträge möglichst in die Länge zu ziehen. Ein Theil der Anhänger Gladstone's erwartet mit Ungeduld die Inangriffnahme von Reformen in England, daher geht die nächste Absicht der Gegner des Ministeriums dahin, die Realisirung irgendeiner der Versprechungen, welche von den Liberalen gemacht worden sind, so lange wie möglich zu vereiteln, um bei Denjenigen, deren Erwartungen getäuscht worden sind, Mißstimmung und Unzufriedenheit zu erzeugen. Die lange Liste der zur Adresse angemeldeten Zusatzanträge erklärt sich theilweise aus diesem taktischen Bedürfniß. Besonderes Interesse dürfte das Amendement Chamberlain's beanspruchen. Mit ihm beabsichtigt der Führer der liberalen Unionisten, welche diesmal im Vordertreffen stehen, den ersten Ansturm auf die Stellung des Kabinets. Chamberlain will die Antwort des Unterhauses auf die Thronrede zu einem Votum über die Frage gestalten, ob Gladstone, welcher das Recht, ohne Beaufsichtigung des Parlaments die Staatsgeschäfte zu leiten, allzu sehr ausgenützt habe, das Vertrauen des Hauses besitze. Es handelt sich also um eine Abstimmung des Hauses über die bisherige fünfmonatige Amtsführung des liberalen Ministeriums. Gladstone soll auf diesem Wege gezwungen werden, die Grundrisse seiner irischen Bill sofort bekanntzugeben. Das Unterhaus werde dann sehen, ob es dem liberalen Premier Vertrauen entgegenbringen könne oder nicht. Wird auch dieser Angriff Chamberlain's abgewiesen, so kann doch mittelst der dadurch hervorgerufenen Diskussion, die sich sehr lebhaft gestalten dürfte, die Adreßdebatte verlängert werden. Taktisch dürfte damit der Opposition vorläufig gedient sein.

In **Paris** schien während der letzten Tage bezüglich der Panama-Angelegenheit allmälig eine Wendung sich vollzogen zu haben, welche mehr oder weniger auf eine Versumpfung der ganzen Sache hindeutete. Heute wird aber von dem „W. T. B." gemeldet: Dem Journal „La Paix" zufolge wartet der Untersuchungsrichter Franqueville, der im Besitz des mehrfach erwähnten Notizbuches Arton's ist, nur auf die unmittelbar bevorstehende Verhaftung des Letzteren, um aufs Neue die Ermächtigung zur Verfolgung mehrerer Parlamentsmitglieder nachzusuchen.

Im Laufe des gestrigen Abends ist zu **Rom** der Advokat Bellucci aus Sessa verhaftet worden. Nach Ansicht des Staatsanwalts ist dies die Persönlichkeit, welche als Vermittler zwischen der Banca Romana und de Zerbi diente, um Letzterem die Summen zu übergeben, von denen in dem Ersuchen um Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung de Zerbi's die Rede ist. Aus den Dokumenten, welche diesem Ersuchen beigefügt sind, geht hervor, daß in den Notizen Tanlongo's und Lazzaroni's 1 229 000 Lire figuriren, welche zu verschiedenen Malen für das Zustandekommen des Gesetzes bezüglich der Banken verteilt wurden, außerdem 1 045 000 Lire für erneuerte und offene Wechsel und Summen für größere Ausgaben.

Der König von **Spanien** hat, dem gestern Abend veröffentlichten amtlichen Bülletin zufolge, den gestrigen Tag ruhig vollbracht.

Die Finanzkommission der **portugiesischen** Deputirtenkammer hat zu der Vorlage, durch welche das Dekret vom 13. Juli 1892, betreffend die Herabsetzung der Zinsen für die auswärtige Schuld, aufrecht erhalten wird, einen Zusatz beschlossen, durch welchen die von Inhabern portugiesischer Werthe bezüglich der Nichtzahlung von zwei Drittheilen der Zinsen gemachten Vorbehalte gänzlich zurückgewiesen werden.

Eine der „Pol. Korr." aus **St. Petersburg** seitens ihres dortigen ständigen Korrespondenten zugehende Meldung konstatirt, daß im Gegensatze zu der fast einmüthigen Sprache der hervorragendsten Organe der russischen Presse in der egyptischen Frage, welche einer entschiedenen gemeinschaftlichen Aktion aller Mächte und speziell Rußlands gegenüber dem Vorgehen Englands das Wort redet, die russische Regierung, wie auf Grund zuverlässiger Informationen versichert werden kann, vorläufig nicht daran denkt, aus ihrer Reserve in dieser Angelegenheit herauszutreten, und ihre abwartende Haltung auch kaum aufgeben dürfte, wenn nicht in der Lage Egyptens durch neue Zwischenfälle eine Verschlimmerung eintreten wird.

Eine den Nigaer Blättern zugegangene Depesche der „Nord. Tel.-Ag." meldet: Das Ministerium der Reichsdomainen wird, wie die Blätter berichten, dieses Jahr eine Verifikation der Anrechte der Krone auf zahlreiche Ländereien vornehmen, mit welchen seiner Zeit in den baltischen Provinzen der Adel belehnt wurde, welche jetzt jedoch von diesem als persönliches Eigenthum betrachtet werden.

Die Meldung von einer Berufung zwölf russischer Gymnasiallehrer nach **Serbien** wird an zuständiger Stelle als Erfindung bezeichnet.

Aus **Tosia** wird gemeldet: Ein Dekret des Prinzen Ferdinand sanktionirt die mit England, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, der Schweiz, Italien und Belgien abgeschlossenen Handelsverträge. Gleichzeitig werden die Verträge veröffentlicht.

Nach einer Depesche der Madrider „Correspondencia" aus **Tanger** nehmen die Unterhandlungen des englischen Spezialgesandten Sir West Ridgeway mit Marokko einen ungünstigen Verlauf. Der Nachricht dürfte kaum eine größere Bedeutung beizumessen sein, da sie der allgemeinen Erfahrung widerspricht, wonach bei derartigen Verhandlungen mit muhammedanischen Selbstherrschern die Schwierigkeiten immer erst beim Schluß hervorzutreten pflegen.

Parteibewegung.

* In einer am Dienstag in **Liegnitz** abgehaltenen Generalversammlung des konservativen Wahlvereins wurde der „Liegn. Ztg." zufolge, der von Rechtsanwalt Pallaske im Ausschusse gestellte, und von diesem befürwortete Antrag, einen eigenen konservativen Kandidaten für die Reichstagsersatzwahl aufzustellen, mit 60 gegen 40 Stimmen abgelehnt, und dagegen folgender von Herrn v. Nitsch-Rosenegk (Kuchelberg) gestellter Antrag angenommen:

„In Erwägung, daß der vorgerückten Zeit wegen die Aufstellung eines eigenen Kandidaten aussichtslos erscheint, in fernerer Erwägung, daß die deutsch-soziale Partei für die Landtagswahl die Unterstützung der konservativen Kandidatur zugesagt hat, in Erwägung endlich, daß in der Vertretung des Wahlkreises durch den konservativ gesinnten Rechtsanwalt Hertwig eine wesentliche Verbesserung gegen früher immerhin erblickt werden muß, beschließt die konservative Partei, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abzusehen, und überläßt ihren Mitgliedern, ob sie für den Rechtsanwalt Hertwig bei der bevorstehenden Reichstagswahl eintreten wollen."

Nach Schluß der Generalversammlung fand jedoch sofort eine Zusammenkunft derjenigen Konservativen statt, welche es im Interesse der konservativen Sache für nöthig erachten, einen eigenen konservativen Kandidaten bei der Reichstagsersatzwahl aufzustellen. Einstimmig wurde von dieser Seite beschlossen, den Grafen Hans v. Rothkirch-Trach als konservativen Reichstagskandidaten aufzustellen. Zu gleicher Zeit wurde ein Komité gewählt, welches unter dem Vorsitze des Rechtsanwalts Pallaske die Vorbereitungen treffen soll.

Für die in Liegnitz ebenfalls erforderliche Landtagswahl wird der dortige Landrath Schilling als konservativer Kandidat aufgestellt.

---

* Eine am Donnerstag in Königsberg abgehaltene Generalversammlung des **ostpreußischen** konservativen Vereins hat das Eivoli-Programm mit folgendem Antrage des Ausschusses angenommen: „Die Generalversammlung des ostpreußischen konservativen Vereins hat am 3. Dezember 1892 ihre Zustimmung zu dem Entwurf des Programmes der Deutschkonservativen gegeben. — Die auf dem Parteitage beschlossenen Abänderungen des Programmentwurfes erscheinen für die hiesigen Verhältnisse zwar nicht allgemein erwünscht im Interesse der Gesammtpartei Deutschlands jedoch beschließt die Generalversammlung unter ausdrücklicher Aufrechterhaltung der in der Allerhöchsten Botschaft von 1881 niedergelegten Grundsätze dem Programm vom 8. Dezember 1892 ihre Zustimmung zu ertheilen."

Parlamentarisches.

* Die Budgetkommission des Reichstags trat heute in die Berathung des Militairetats ein. Bei Kap. 14 der dauernden Ausgaben — Kriegsministerium — macht der Referent darauf aufmerksam, daß im vorigen Jahre eine Reihe von Resolutionen gefaßt worden seien, die sich auf die Einschränkung der Postenausstellung und den Gebrauch der Schußwaffen der Wachtposten, sowie auf Einjährigfreiwillige, die erst mit 23 Jahren eintreten, beziehen. Die verbündeten Regierungen hätten den Resolutionen nicht Folge gegeben. Generalmajor v. Goßler sagt von Neuem zu, daß die Stellung von Posten möglichst eingeschränkt werde und daß die Posten in allen belebten Straßen ohne scharfe Patronen aufzögen. Abg. Singer (Soz.) anerkennt die Besserung der Zustände, wünscht aber thunlichte Ausdehnung und befürwortet den Transport der Arrestanten durch Wagen. Der Kriegsminister sagt zu, in der angegeben Richtung verfügen zu wollen. Abg. Gröber (Z.) bringt die Soldatenmißhandlungen von Neuem zur Sprache und fragt an, weshalb der Bundesrath der bezüglichen Resolution des Reichstags keine Folge gegeben habe. General v. Goßler erklärt, daß die Behandlungen darüber noch schweben. Abg. Lingens (Z.) wünscht, wie im vorigen Jahre, daß die Soldaten, die ohne Begleitung zur Kirche gehen, auch in Berlin wie an anderen Orten dies ohne Helm thun könnten. Der Kriegsminister hält diese Frage für eine Sache des inneren Dienstes, in die hier nicht einzugreifen sei. Abg. Lingens äußert noch andere Wünsche auf kirchlichem Gebiete, insbesondere bezüglich der Rekrutenvereidigung, der Mischehen, der Sonntagsruhe der Wärter in der Ruhmeshalle, der neu zu erbauenden Garnisonkirche in Berlin, der Statistik über die Selbstmorde in der Armee, Anregungen, denen theils keine Folge gegeben wurde, oder deren Erledigung auf Später vertagt wurde. Abg. Dr. Hammacher (nl.) bringt die Kommandirung des Garde-Schützenbataillons, einschließlich der Freiwilligen, nach Abtretnung der Dienstleisten, zu Hofjagden bei schwerem Frostwetter zur Sprache und fragt an, ob es zulässig sei, die Theilnahme solcher, die sich nicht freiwillig dazu melden, zu befehlen. General v. Goßler erkennt an, daß eine unfreiwillige Theilnahme nicht zulässig sei. Auch Abg. Hinze (df.) bringt einen ähnlichen Fall aus Posen zur Sprache. Abg. Dr. Hammacher hebt nochmals hervor, daß erhebliche Gesundheitsschädigungen bei den fraglichen Mannschaften vorgekommen seien, und verlangt Mittheilung des Resultats der Untersuchung vor Schluß der Etatsberathung. Der Kriegsminister sagt die gewünschten Mittheilungen zu. Das Kapitel wird darauf bewilligt, ebenso Kap. 15 (Militairkassenwesen). Bei Kap. 16 (Militairintendantur) verlangt der Korreferent Abg. Hinze nähere Begründung wegen neueingestellter drei Intendanturräthe und zwei Assessoren. Die Forderung wird hinreichend begründet und darauf genehmigt. Ebenso werden bei Kap. 17 zwei Militairgeistliche neu genehmigt. Abg. Lingens bemängelt die ungenügende Seelsorge für die katholischen Patienten in Lazarethen. Abg. Gröber vermißt genügende Vorkehrungen zur Ernennung der Feldgeistlichen im Falle der Mobilmachung. Seitens der Regierungsvertreter wird diese Auffassung widerlegt, und das Kapitel „Militairgeistlichkeit" bewilligt. Bei Kap. 24 (Geldverpflegung der Truppen) stellt Abg. v. Henk (k) die Frage, ob für die abgelehnte Marine-Artilleriekompagnie für Kurhaven ein Ersatz aus der Fußartillerie beschafft sei. Die Frage wird verneint. Auf eine Frage des Abg. Hinze erklärt der Regierungskommissar, daß gegenüber einem Manquement von 650 Offizieren ein Nachwuchs von 1500 vorhanden sei. Das Manquement sei gegen die Vorjahre erheblich gelunken. Titel 1 (Besoldungen der Offiziere 24 155 706 ℳ) wird bewilligt. Bei Titel 2 (Militairärzte 2 492 960 Mark) wird konstatirt, daß auch das Manquement bei den Assistenzärzten im Abnehmen begriffen sei. Auf die Frage bezüglich der Militairmusiken wird erklärt, daß die Neubildung von Bataillonsmusiken unterlagt sei, da ca. 55 Bataillonsmusiken bestehen. Der Fragesteller Dr. Baumbach regt auch die Aufhebung der bestehenden an. Nach längerer Diskussion wird die Fortsetzung der Berathung wegen Beginnes der Plenarsitzung vertagt.

* In der Reichstagskommission zur Vorberathung der „lex Heinze" wurde heute die Berathung des neu vorgeschlagenen § 181a zum Strafgesetzbuche fortgesetzt. Es lagen dazu 15 Anträge vor. Schließlich wurde der Paragraph in folgender, von den Abgg. Dr. Piesbel und Gröber vorgeschlagenen Fassung angenommen: „Eine Mannsperson, welche unter einem Schein einer Weibsperson, die gewerbsmäßig Unzucht treibt, unter Ausbeutung ihres unsittlichen Gewerbes ganz oder theilweise den Lebensunterhalt bezieht, oder wer einer solchen Weibsperson gewohnheitsgemäß oder aus Eigennutz in Bezug auf die Ausübung des unsittlichen Gewerbes Schutz gewährt oder sonst förderlich ist, wird mit Gefängniß nicht unter einem Schein bestraft. Ist der Thäter der Ehemann der Weibsperson, oder hat der Thäter die Weibsperson unter Anwendung von Gewalt oder Drohungen zur Ausübung des unsittlichen Gewerbes angehalten, so tritt Gefängniß nicht unter einem Jahre ein." — Ein Antrag auf Zulassung mildernder Umstände wurde abgelehnt.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 3. Februar.

* Ihre Kaiserlichen und Königlichen Majestäten unternahmen am gestrigen Nachmittage, nach der Frühstückstafel, eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Thiergarten und besuchten gelegentlich derselben das Atelier des Bildhauers Professor Begas. Später fuhr Se. Majestät der Kaiser beim Generalobersten v. Pape vor, um demselben zum 81. Geburtstage Allerhöchstseinen Glückwunsch abzustatten. (Vergl. Militairisches.) Am Abend empfingen die Kaiserlichen Majestäten den Besuch Seiner Königl. Hoheit des Prinzen Heinrich Höchstwelcher sich vor seiner Rückkehr nach Kiel verabschiedete. Se. Majestät ist sodann am Abend desselben Tages mit den Herren seiner nächsten Umgebung von hier zur Beiwohnung der Besitzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Herzog von Ratibor nach Schloß Rauden in Schlesien abgereist. Die Abreise erfolgte Abends 11 Uhr 50 Minuten vom Bahnhof Friedrichstraße aus mittels Sonderzuges über Frankfurt a. O. und Sommerfeld und über Sagan und Liegnitz bis zur Station Hammer, woselbst Se. Majestät heute Vormittag um 10 Uhr eintraf. Von der Station Hammer aus fuhr Allerhöchstderselbe